

Inserate werden angenommen
in Polen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schles., Postmeierant, Ge. Gerberstr.-Ecke,
Otto Wiegifeld, in Firma J. Henmann, Wilhelmsplatz 8

Berantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Mr. 832

Donnerstag, 28. November.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonne und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner den Annoncen-Expeditionen R. Möller, Baalestein & Vogler A. G., S. F. Haube & Co., Invalidendank. Berantwortlich für den Inseratenheil: W. Braun in Posen. Fernsprech-Anschluß Nr. 108.

Inserate, die schriftgefasste Petitionen über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagnausgabe 25 Pf., an bevorzugten Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagnausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Politische Nachrichten.

Posen, den 28. November.

Der Ausfall der Wahl in Herford-Halle, wo bekanntlich der gemeinsame Kandidat der Liberalen, Bürgermeister Quentin (natlib.) mit dem konservativen Amtsgerichtsrath Dr. Weihen in die Stichwahl kommt, scheint den National-liberalen unerwartet gekommen zu sein. In den „Mittelblättern“ für die Vertrauensmänner der national-liberalen Partei vom 24. November heißt es: „... Der Kreis ist der Mittelpunkt der westfälischen Cigarrenindustrie und ist, wie die Dinge einmal liegen, nur darauf bedacht, von der Fabrikatsteuer verschont zu werden. In dieser Beziehung gab auch der konservative Kandidat jede Gewähr, daß er entschieden gegen diese Steuer sich richten wird, wenn sie etwa wiederkehren sollte. Die Wahl Dr. Weihen ist deshalb mit Sicherheit vorauszusehen. Nach den ersten heute vorliegenden Depeschen ist Dr. Weihen mit über 8000 Stimmen gewählt...“ Nun, das Resultat ist doch ein anderes geworden und auch die Hintermänner der genannten national-liberalen Korrespondenz werden noch einmal alle Kräfte anstrengen müssen, um ihrem Kandidaten bei der Stichwahl zum Siege zu verhelfen. Allerdings ist ohne Unterstützung jener Wähler, die im ersten Gange für den Sozialisten stimmten, nicht daran zu denken, den Konservativen den Sitz zu entreißen in diesem Wahlkreise, der fast immer in sicherem Besitz der Hammerstein-Stöckerfreunde sich befunden hat.

Was kostet das Zuckersteuerergesetz? Nach der Berechnung der Vorlage würde bei einem Gesamtkontingent für 1896/97 von 14 Millionen D. C. Rohzucker der inländische Verbrauch nicht unter 6 Millionen D. C. Rohzucker = 5,4 Millionen Konsum zu erfordern, sodass zur Ausfuhr mit dem Anspruch auf die vollen Zuschüsse 8 Millionen Rohzucker bleiben. Bei einem Konsum von 5,4 Millionen würde die Erhöhung der Konsumsteuer von 18 auf 24 M. 129 600 000 M. und nach Abzug der Verwaltungskosten 124 416 000 M. ergeben. Hieron sind 25 Prozent, also 31 104 000 M. zur Deckung der Ausfuhrzuschüsse zu verwenden. Nach der Ansicht des Reichsschatzamts werden also die Zuckerkonsumenten Deutschlands künftig über 31 Millionen Mark für Zucker mehr ausgeben als bisher! Eine Minderung des Verbrauchs wird nicht eintreten! Zu jenen 31 104 000 M. tritt der Ertrag der Betriebssteuer in Höhe von 3,5 Millionen M. hinzu, sodass zur Deckung der Ausfuhrzuschüsse im Ganzen 34 244 000 M. verfügbar sind. Von dem Gesamtkontingent von 14 Millionen D. C. Rohzucker bleiben bei dem vorausgesetzten Konsum von 6 Millionen noch 8 Millionen zur Ausfuhr übrig. Die Ausfuhrzuschüsse für den kontingentären Zucker werden berechnet auf im Ganzen 34 244 900 M., so dass für den nicht kontingentären, d. h. über das Gesamtkontingent hinaus produzierten Zucker noch 359 100 M. übrig bleiben. Nach Abzug der 3½ Millionen, welche die Fabriken an Betriebssteuer zahlen, erhalten die selben somit eine Biehsgabe von ungefähr 31 Millionen Mark. Außerdem kommen ihnen natürlich die Beträge zu Gute, um welche in Folge der Entlastung des inländischen Marktes die Zuckerpreise im Inlande steigen! — Der Reichslosser würde, falls alle Voraussetzungen, auf der die Vorlage beruht, sich als zutreffend erweisen, d. h. vor Allem, falls eine Verminderung des Konsums bei der Steuererhöhung um 25 Prozent nicht eintritt, für 1896/97 an Reineinnahme aus der Zuckersteuer verbleiben 93 312 000 Mark (124 416 000 — 31 104 000). Das wären 13,3 Millionen Mark mehr als im Etat für 1896/97 als Einnahme aus der bisherigen Zuckersteuer veranschlagt ist. Da aber der Ertrag der Zuckersteuer schon im laufenden Jahre (bisher wenigstens) stationär geblieben ist, so erscheint die Berechnung des Reichsschatzamtes auch in diesem Punkte optimistisch.

Das englische Kriegsministerium hat vor einigen Tagen eine Denkschrift publiziert, in welcher der Wirkungskreis der verschiedenen militärischen Departements festgestellt wird. Der Oberbefehlshaber, der General-Adjutant, der General-Quartiermeister, der General-Inspektor der Befestigungen und der General-Inspektor des Geschützwesens stehen jetzt alle direkt unter dem Kriegsminister. Diese Herren bilden zusammen das „Kriegsamt“. Wenn der Kriegsminister das Budget für die Armee festgestellt hat, so wird er das Kriegsamt einberufen und demselben solche Fragen vorlegen, über welche er Auskunft erlangen will. Die Mitglieder des Kriegsamtes können auch Zusätze zu den Budgetvorschlägen machen. Der „Daily Graphic“ bemerkt zu dem Schriftstück:

„Was soll nun der Oberbefehlshaber jetzt eigentlich sein, ein wirklicher Oberbefehlshaber oder das größte Licht unter den

fünf militärischen Sternen? Es scheint mehr das Erstere. Der Oberbefehlshaber soll nämlich „der Hauptthrongeber“ sein. Ferner sollen „alle wichtigen Fragen“ erst an den Oberbefehlshaber gehen, ehe sie dem Minister vorgelegt werden. Wenn diese Bestimmung überhaupt etwas bedeutet, so bedeutet sie, dass Lord Wolseley wirklich an der Spitze der Armee stehen soll. Und dagegen hat die Nation gewiss nichts.“ An freimüthigen Kritiken dieser Armeeverwaltungs-Reform durch sachverständige Offiziere wird es gewiss in der nächsten Zeit nicht fehlen. Englische Offiziere jeden Ranges benützen die Presse sehr ausgiebig.

Über die Schlacht von Taganasco auf Cuba berichten die „Centr. News“, daß das Treffen 36 Stunden dauerte. 10 000 Spanier unter Luigi Valdes Alava standen 4000 Cubanern unter Maximo Gomez gegenüber; der Kampf war außerordentlich erbittert. Im entscheidenden Augenblick kam Antonio Maceo mit 3 500 Mann den schon wichennden Scharen der Aufständischen zu Hilfe und schlug die Spanier in die Flucht. 600 Spanier wurden getötet und verwundet, 700 Flinten und eine große Menge Schießbedarf fielen den Siegern in die Hände. Alava ist unter den Getöteten. Von Santa Clara wird gedroht, daß gestern bei Camajuani durch einen von den Rebellen aufgezogenes falsches Eisenbahnsignal ein bewaffneter Zug aus dem Geleise geworfen wurde. Dreißig Soldaten wurden dabei gefangen, entwaffnet und wieder in Freiheit gesetzt.

Deutschland

Berlin, 27. Nov. [Frhr. v. Stumm] Freiherr v. Stumm ist verschiedentlich aufgefordert worden, die ihm zugeschriebenen Neuherungen über das „Scharfmachen“ des Kaisers für die Bekämpfung der Sozialdemokratie zurückzuweisen, da seine Worte ebenso schändlich wie unglaublich seien. Man wird ja abwarten haben, ob die, namentlich von konservativen Blättern verlangte Zurückweisung erfolgen wird. Dass die Stumm'schen Bemerkungen in der mitgetheilten Form dem bekannten Charakter der Auffassungen dieses Herrn durchaus nicht widersprechen, sollte aber doch eigentlich jeder wissen. Freiherr v. Stumm hat ja im Reichstage wiederholt dasselbe, und sogar kaum in milder Wendungen, gesagt wie jetzt in Neunkirchen zu einem Delegirten der evangelischen Arbeitervereine. Das „Volk“, das in diesem Falle glaubwürdig erscheint, erzählt, daß Freiherr v. Stumm schon wiederholt versucht habe, den Kaiser „scharf zu machen“. Bei einem im vorigen Winter stattgehabten Diner entwickelten der Kaiser, Freiherr v. Stumm und mehrere hochgestellte Persönlichkeiten den Begriff eines „festen Regiments.“ Hierbei vertrat Frhr. v. Stumm den ihm neuerdings zugeschriebenen Standpunkt mit solchem Erfolge, daß sogar ein Minister, der selbst große Sehnsucht nach einem „festen Regiment“ und einer günstigeren parlamentarischen Lage zeigt, später Freunden gegenüber seine Befürchtungen ausdrückte. Es ist uns unbekannt, was das Wort „Erfolg“ in dieser Mittheilung des Stöckerblattes bedeuten soll. An einen Erfolg in dem Sinne, daß der Kaiser für die rücksichtslosen Vorschläge des Frhr. v. Stumm gewonnen worden sein könnte, können wir nicht glauben. So wird denn wohl nur ein rednerischer Erfolg gemeint sein. Der Minister, der „sogar“ Bedenken bei dieser Gelegenheit äußerte, ist natürlich Herr v. Köller, und wenn seine Bedenken groß sind, obwohl die Stumm'schen Ideen eine „günstigere parlamentarische Lage“ verheißen würden, so wird wohl die Abschaffung des jetzigen Reichswahlrechts eine Hauptrolle in dieser interessanten Unterhaltung gespielt haben. Die Jagdgesellschaft, an der Frhr. v. Stumm kürzlich teilnahm, um den Kaiser „scharf zu machen“, ist von ungewöhnlich vielen politischen Persönlichkeiten besichtigt gewesen. Die Minister v. Hammerstein-Papen und v. Köller, Herr v. Lucanus, der Oberpräsident v. Pommer-Esche und außer dem Frhr. v. Stumm noch der Besitzer der „N. A. Z.“, Frhr. v. Ohlendorff aus Hamburg, umgaben bei diesem Anlaß den Kaiser. Was an politischen Gesprächen sich ereignet hat, wird für jetzt nicht gemeldet, aber man wird wohl noch davon zu hören bekommen.

Der Jagdschein des Kaisers, so heißt es in dem Bericht der „Magd. Ztg.“ über die Jagd in Barby, läuft laut der Revision des Obermärtmeisters Knoch aus Calbe a. S. bis zum 26. Oktober 1896, was die „Frei. Ztg.“ zu folgender Bemerkung veranlaßt: Nachdem der Monarch durch Löschung eines Jagdscheins es als angemessen bezeichnet hat, daß niemand in Preußen von der allgemeinen Steuer- und Gebührenpflicht ausgeschlossen sein soll, wird hoffentlich das Ministerium Anlaß nehmen, diesen Grundsatz nach allen Richtungen in der Gesetzgebung und Verwaltung zur Durchführung zu bringen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers Staatssekretär Dr. v. Bötticher erlässt eine Bekanntmachung, wonach die Eröffnung des Reichstags am 3. Dezember um 12 Uhr Mittags im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin stattfinden wird. Davor wird ein Gottesdienst und zwar für die Mitglieder der evangelischen Kirche in der Dom-Interimskirche (Montbijou) um 11 Uhr, für die Mitglieder der katholischen Kirche in der St. Hedwigskirche um 11½ Uhr abgehalten werden.

Zu dem Diner, welches heute beim Finanzminister Dr. Metzger stattfand, traf der Kaiser um 7 Uhr ein. Es waren der Reichskanzler, die Staatsminister, sowie das Direktorium und die Mitglieder der Genossenschaftskasse geladen. Die Tafel zählte einige dreißig Gedekte.

Die „Post“ behauptet, daß es sich bei den Meldungen über den beabsichtigten Rücktritt der Minister v. Bötticher und v. Köller lediglich um Reporterphantasien handelt. Nur bezüglich des Gerüchtes vom Rücktritt des Kriegsministers v. Bronsart habe die Wahrheit noch nicht ermittelt werden können. Im Uebrigen fordert die „Post“ die Regierung auf, diesen, das Ansehen der Regierung schädigenden fortwährenden Artillerierüchten ein energisches Ende zu bereiten, was nicht durch ein bloßes Dementiren solcher Gerüchte, sondern nur durch eine einheitliche und kräftige Sozialpolitik herstellbar sei. — Was versteht das Leibblatt des Königs Stumm unter „kräftiger Sozialpolitik“?

Wie das „Dresdner Journal“ meldet, hat der König von Sachsen dem Senatspräsidenten beim Reichsgericht, von Wolff, das Komthurkreuz 1. Klasse des Albrechtordens verliehen.

Die „National-Zeitung“ vernimmt nach einer Konstantinopeler Privatmeldung, daß bei der Besprechung des Projekts einer internationalen Konferenz zur Lösung der Orientwirren in diplomatischen Kreisen die Ansicht besteht, daß in einer solchen Konferenz alsbald die Frage der englischen Stellung in Ägypten aufgeworfen werden würde.

Dem Vorstande des ersten mecklenburgischen Innungs- und Handwerkertages in Schwerin ging auf ein an den Kaiser gerichtetes Schlußtelegramm folgendes Antwort-Telegramm zu: „Berlin, den 26. November 1895. Se. Majestät der Kaiser lassen dem ersten mecklenburgischen Innungs- und Handwerkertage für den Ausdruck der treuen Gestaltung danken. Auf allerhöchsten Befehl v. Lucanus, Geheimer Kabinettsrat.“

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Kiel der Beichtmatrose Jenken von dem Flensburger Dampfer „Secunda“ verhaftet. Die Beleidigung wurde am Dienstag Abend in einer Gastwirtschaft in der Flämischen Straße verübt. Nachdem von zwei kleinen Handwerkern Anzeige erstattet war, erfolgte die Verhaftung an Bord des Schiffes. Ein zweiter Matrose von demselben Dampfer wurde wegen verweigter Beugung abgänglich verhaftet.

W. B. Hamburg, 27. Nov. Die „Hamburger Freie Presse“ berichtete heute Morgen über eine angebliche Neuherzung des Bürgermeisters Versmann zu einem Mitgliede der Linken, nach welcher der Bürgermeister erklärt hätte, die Bürgerchaft müsse dem heute zur Bezahlung stehenden Senats-Antrage wegen Bewilligung von 70.000 Mark zur Volgny-Feier zustimmen, um den in Berlin herrschenden militärischen Regelungen zu entsprechen und will es für Hamburgs Unabhängigkeit wünschen. — Der „Hamburgische Correspondent“ veröffentlichte in seiner heutigen Abendausgabe folgende Zuschrift des Bürgermeisters Versmann: „Die Hamburger Freie Presse“ weiß in ihrer heutigen Nummer von Neuherungen zu berichten, welche ich gelegentlich des Senats-Antrages aus Anlaß der 25-jährigen Gedenkfeier von Volgny gehabt haben soll. Wenn der Artikel sich darauf beschränkt hätte, mich persönlich anzugreifen, so würde ich es nicht für erforderlich gehalten haben, demselben entgegenzutreten. Da aber die Ehre unserer Vaterstadt in Mitleidenschaft gezogen wird, indem mir Neuherungen untergeschoben werden, welche mit den an höchster Stelle herrschenden mir wohl bekannten Meinungen nicht weniger als mit meiner Auffassung von der Stellung Hamburgs im Deutschen Reich in vollstem Widerstreit stehen, so habe ich mich zu der Erklärung veranlaßt gelehnt, daß derartige Neuherungen zu keiner Zeit und gegen niemanden gethan habe.“

Senat und Bürgerschaft bewilligten übrigens heute einstimmig für die Gedenkfeier der Schlacht bei Volgny dem 2. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 76 ein Ehrengeleit von 20 000 M. und als Kosten für die Feier 10 000 M. sowie 40 000 M. zum Besten notleidender Veteranen dieses Regiments. Außerdem wurden für diese Veteranen bisher von Privaten 120 000 M. gesammelt.

Oesterreich-Ungarn.

W. B. Wien, 29. Nov. [Abgeordnetenhaus] Der Abgeordnete Schleicher überreicht einen Dr. Altholz'schen Antrag, in welchem er die Einsetzung eines 18-jährigen Ausschusses verlangt, welcher über die militärischen Maßnahmen am Tage des Bekanntwerdens der Nichtbestätigung Luegers zum Bürgermeister von Wien sowie über die Indizierung von Telegrammen Erhebungen anstellen und dem Hause berichten soll. Der Ministerpräsident Graf Badeni erklärt, die Regierung habe von der Militärbehörde keine Assistenten verlangt und zwar nicht nur am fraglichen Tage, sondern über-

haupt nicht, seitdem sie am Ruder sei. Die Regierung sei mit den Militärbehörden in der Angelegenheit der Auffinden überhaupt in keinen Kontakt getreten; auch seitens der Militärbehörden sei, weder eine komplette noch eine partielle Konfrontierung, noch auch überhaupt eine über den täglichen Rahmen der Bereitschaft hinausgehende sogenannte strenge Bereitschaft veranlaßt worden. Der Ministerpräsident geht sodann auch auf die Frage nach den Gründen der Nichtbestätigung Luegers ein und erklärt, die Regierung habe dabei absolut nicht ein persönliches Moment vor Augen, sondern nur die Art und Weise der Bestätigung des Abgeordneten Lueger im öffentlichen Leben. Die Regierung hält an dem Grundsatz fest, daß man nicht nur die öffentliche Stellung eines Mannes in der Politik für wichtig zu finden hat, im Gegensatz zu der traurigen Gewohnheit, die sich auch in Österreich einzubürgern scheint. (Lebhafte Beifall.) Wenn wir nicht an der scharfen Unterscheidung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Leben festzuhalten wissen, werden wir das ganze öffentliche Leben, besonders den Parlamentarismus schädigen. (Lebhafte Beifall.) Bezuglich der Inhabirung der Depeschen hebt Graf Boden hervor, daß an einem Telegraphenamt von vier Depeschen über die Nichtbestätigung Luegers die Annahme verweigert wurde. Die Untersuchung habe ergeben, daß diese bedauerliche Thatsache auf die sträßliche Neugierde einer Telegraphistin sowie auf die Verstümmelung eines Litzes zurückzuführen sei. Die Schuldtragenden seien bestraft worden. Abg. Lueger führt aus, daß er dem Ministerpräsidenten für dessen Erklärung dankbar sei, daß gegen seinen, des Redners, Charakter nichts vorliege. In Betreff des Antrages des Abgeordneten Schleicher müsse jedoch hervorgehoben werden, daß das Volk in Wien sich zu nichts hinreihen lassen und sich nicht zum Ziele der scharfen Patronen des Grasen Boden hergeben werde. Nach der Rede des Abgeordneten Lueger entspann sich ein Wortwechsel zwischen den Abgeordneten Kraus und Schneider. Der Präsident ruft den Abgeordneten Schneider zur Ordnung und sagt in Folge eines Zwischenrufes dieses Abgeordneten: „Ich muß die Herren verantwortlich machen, wenn in der Bevölkerung eine derartige Zunahme der Verrohung stattfindet.“ (Stürmischer Beifall auf den Rechten und Linken, Unruhe auf der äußersten Linken.) Der Dringlichkeitssanction Schleicher wird sodann mit 153 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Abgeordneter Forti interpellierte den Finanzminister, ob er die entsprechenden Vorkehrungen treffen wolle, wenn die Budeksteine vorlage in Deutschland zum Gesetz geworden sei. Abgeordneter Lueger stellt an den Präsidenten die Anfrage, ob er die Versorgungen des Hauses betreffend die Abänderung der Haushaltung zurückziehen wolle. Dies bezüglich sich insbesondere auf die Einschränkungen des Besuches der Galerien, welche den Auschluss der Öffentlichkeit, somit eine Verletzung des Gesetzes bedeuten. Der Präsident erwiderte, die Feststellung der Haushaltung sei ein anerkanntes Recht des Bereichs. In meritorischer Beziehung weist der Präsident auf die Vorommisse hin, welche diese Abänderung nothwendig machen. Es sei Pflicht des Präsidiums, den Missbrauch der Öffentlichkeit hintanzuhalten und das Recht des Parlamentes zu wahren, damit es nicht unter den Terrorismus der Straße gerate. (Stürmischer Beifall, Widerspruch auf der äußersten Linken.) So lange er in seiner Stellung sei, werde er auf die strengste Handhabung der Haushaltung lehnen und die Freiheit der Berathung schützen. — (Lebhafte, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) — Die nächste Sitzung findet am 29. d. M. statt.

Aus dem Gerichtsaal.

In Posen, 26. Nov. In der heutigen Sitzung der ersten Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Cromie wurde gegen die Arbeiterfrau Martanna Marcynia aus Posen wegen Diebstahls verhandelt. Sie hat am 1. September d. J. dem Kaufmann Salomon aus einem verschloßenen Hofe eine Holzkiste geholt und sie als Brennmaterial verwendet. Trotz des geringen Wertes des gestohlenen Objekts wurde die Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, weil sie bereits zweimal wegen Diebstahl vorbestraft ist. — Bei dem Fleischer Stanislaus Toklowicz aus Komornik wurde am 26. August d. J. eine Quantität Rindfleisch, das er in Polen zum Verkauf ausgelegt hatte, beschlagnahmt, weil es mit Tuberkeln durchsetzt war; es wurde gegen Toklowics Anklage aus § 12 des Nahrungsmittelgesetzes erhoben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn einen Monat Gefängnis, Einziehung des beschlagnahmten Fleisches und Veröffentlichung des Urtheils, der Vertheidiger meinte, daß der Angeklagte nur wegen fahrlässigen Feilhagens verdorbenen Fleisches werde verurtheilt werden können, da nicht nachgewiesen sei, daß er gewußt habe, daß das Fleisch verdorben sei. Der Gerichtshof nahm Wissenslichkeit an und erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts. — Die Schuhmacher Valentin Dudaialsch en Chelute hatten von dem Hausbesitzer Simon Kantorowicz eine Wohnung gemietet. Am 1. September d. J. zogen sie aus, ohne die rückständige Miethe in Höhe von 15 Mark zu bezahlen. Schon vorher hatte ihnen R. durch einen Gerichtsvollzieher mittheilen lassen, daß er auf drei Bilder und eine Wanduhr Belag lege. Als die Duldung auszog, nahmen sie diese Sachen aber mit, weshalb der Haussitzer gegen sie Strafantrag wegen strafbaren Eigennützes stellte. Der Gerichtshof nahm an, daß die Uhr nicht plaudere war, weil die Angeklagten sie in ihrer Wirtschaft drauschen, die Bilder dagegen durften sie nicht mitnehmen. Da dieselben aber einen sehr geringen Wert hatten, wurden die Angeklagten zu der niedrigsten Strafe von dreieckigem Markt einem Tage Gefängnis verurtheilt.

In Bromberg, 26. Nov. In der gestrigen Sitzung der Strafkammer wurde u. a. eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen den Einlieger Waldielaus Schmidt aus Budziszew verhandelt. Am 1. März d. J. fuhr der Angeklagte mit einem mit zwei Pferden bespannten Schlitten durch die Dorfstraße in Klabheim und überfuhr hierbei die 79jährige Josefa Libera. Die Verlehrungen, welche die alte Frau davontrug, waren derartig, daß dieselbe nach dem Kreiskrankenhaus in Bleichfeld geschafft wurde, woselbst sie bis zum 10. Juni sich in ärztliche Behandlung befand. Der Angeklagte wurde zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. — Wegen fahrlässigen Mordes hatte sich der Forstausseher Wilhelm Heß aus Müllershof zu verantworten. Auf Grund einer Anklage von ihm wurde gegen eine Einliegerfrau Wilhelmine Radtke aus Schleusendorf eine Anklage wegen Forstfeindschaft erhoben. Er hatte in der Forst beim Holzdiebstahl eine Frau betroffen, welche sich Radtke nannte, da ihm eine „Wilhelmine“ Radtke als Forstfeindin bezeichnet wurde, bezw. ihm bekannt war, so benannte er diese mit diesem Vornamen und gab auch eine zeugenbildliche Aussage dahin ab. Die betreffende Frau hieß aber nicht Wilhelmine sondern Caroline Radtke. Es erfolgte jedoch die Freisprechung des Angeklagten. Gegen die Erhebung der Anklage hatte die Regierung den Kompetenzkonflikt erhoben. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde Widerspruch hiergegen erhoben bezw. die Berufung eingereicht und das Verwaltungsgericht entschied — wie wie vor einiger Zeit mittheilten —, daß die Anklage ihren Fortgang zu nehmen habe. Durch die Freisprechung des Angeklagten dürfte diese Angelegenheit nunmehr erledigt sein.

* Berlin, 27. Nov. Gegen den Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen wurden heute vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zwei umfangreiche Anklagen wegen Beleidigung er verhandelt. In der ersten Sache handelt es sich um

zwei Artikel im Nr. 240 des „Vorwärts“ vom vorigen Jahre. Der eine Artikel unter der Überschrift „Wie wird man auf Berliner Polizeiwachen behandelt?“, stellte es als angebliche Thatsachen hin, daß unliebsame Arrestanten auf den Berliner Polizeiwachen grausam mishandelt würden. Durch diesen Artikel sollen der Polizeipräsident und die Beamten der Berliner Polizei beleidigt worden sein. Der Angeklagte, der diese Nummer des „Vorwärts“ gezeichnet hat, beantragte eine umfangreiche Beweisaufnahme. Er überreichte die Liste von 41 Personen, die sich an ihn gewandt haben; sie sollen bezeugen, daß in 15 verschiedenen Fällen sie auf den Polizeiwachen auf das Grausamste mishandelt worden seien. Er habe den betr. Personen stets den Rath ertheilt, in diesen Angelegenheiten nichts weiter zu thun, da sie nach seiner Ansicht Gefahr laufen würden, daß der Spieß umgedreht werden würde. Er beantragte ferner, sämtliche in der Zeit von 1894 bis 1895 auf den Polizeiwachen verhafteten Personen als Zeugen zu laden, um ein Bild davon zu gewinnen, ob nicht solche Misshandlungen gang und gäbe seien. Event. beantragte er, falls es nicht gerichtsnormatisch sein sollte, die Vernehmung des Polizeipräsidenten darüber, daß bei dem sogenannten Arbeitslosen-Krawall Polizeibeamte, die, in Lumpen gekleidet, sich unter die Menschenmenge gesetzt hatten, von uniformirten Polizeibeamten mit dem Säbel geschlagen worden seien, wie es in dem Artikel behauptet worden war. — Durch den zweiten Artikel unter der Überschrift: „Wo haben Gendarmen in Revolver“ fühlt sich der Gendarm Klötzsch beleidigt. In dem Artikel wurde ein Vorfall erzählt, bei welchem ein Arbeiter, der bei Reinickendorf den Eisenbahndamm überschritten, von dem Gendarmen R. verfolgt worden sei. Der Gendarm habe, als er den Arbeiter stellte, diesem mit dem Revolver derartig ins Auge gestochen, daß sein Sehvermögen verhindert worden sei. Der Angeklagte behauptete, daß der Inhalt dieses Artikels auf Wahrschau beruhe und stelle einen umfangreichen Belehrungsantrag. — Der Gerichtshof erachtete die Beweisanträge für erheblich und beschloß, denselben Folge zu geben, bezüglich des ersten Artikels aber nur insoweit, als die von dem Angeklagten benannten 41 Personen als Zeugen vernommen werden sollen. Der Staatsanwalt beantragte, den neuen Termin vor dem 3. Dezember, an welchem Tag der Reichstag zusammenentrete, anzusetzen. Der Gerichtshof beschloß, die Ansetzung des neuen Termins möglichst zu verschieben.

Die zweite Strafsache umfaßt die selbständigen Strafthaten. Der Angeklagte wird beschuldigt, am 15. September v. J. zu Neu-Weißensee die gefärbten preußischen Staatsbeamten, zu Berlin am Oktober speziell die der Ministerien des Innern und der Justiz, den Landgerichtsdirektor Brausewetter sowie die Offiziere und Unteroffiziere des Beurlaubten-Standes und am 1. Mai d. J. die Polizeioffiziere und Beamte beleidigt zu haben. In einer am 15. Sept. v. J. in Neu-Weißensee abgehaltenen Versammlung sprach der Angeklagte über das Thema „Warum erläßt der Bundesrat geheime Erlasse?“ Nach den Aufzeichnungen der überwachenden Beamten soll er in Bezug auf die preußischen Verwaltungsbeamten Worte wie „Schamlosigkeit“, „Niederträchtigkeit“, „Fehlheit“ und dergl. gebraucht und ausgeführt haben, daß die Verwaltungsbeamten das Privilegium der Dummköpfe bejählen. — Der Angeklagte bestreitet entweder, daß der betreffende Beamte seine längeren theoretischen Ausführungen über Mönchsstände in unserem Verwaltungsbüro überhaupt verstanden habe und verwahrt sich dagegen, daß er solchen Unfug geschwärzt habe, wie es die aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze andeuten. Denselben Einwand erhebt der Angeklagte bezüglich des zweiten Anklagesfalles. Hier handelt es sich um eine im sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Wahlkreises gehaltene Rede über Lumpengesetz, Polizei und Brauwettbewerb. Er soll darin u. a. das Spitzelthum gezeigt haben. Der Angeklagte bereitet, die intimitäten Ausdrücke in der behaupteten Verbindung gebraucht zu haben. Er habe in längerer Rede über unsere Verwaltungsbüroorganisation und deren Entwicklung gesprochen und die intimitäten Sätze, die vollständig aus dem Zusammenspiel gerissen seien, vielleicht in ähnlicher Form, aber in einem ganz anderen, von dem betreffenden Polizeibeamten gänzlich missverstandenen Sinne angewendet. Was speziell den Landgerichtsdirektor Brausewetter betrifft, so habe er denselben seinen Hötern nicht als Berlin, sondern als Typus vorgeführt. Im Ueblichen bleibe er dabei, daß Direktor Brausewetter in dem gegen ihn (Angeklagten) seiner Zeit schwedenden ehrengerichtlichen Verfahren unter seinem Eide sich geträgt habe und berufe sich zum Beweise dafür auf die Akten des Ehrengerichtshofes, auf die Mitglieder des letzteren und auf die Akten in der Strafsache Fall und Genossen. Der dritte Punkt der Anklage betrifft eine am 1. Mai vom Angeklagten gehaltene Rede über das Litteraturgelehrte. Er soll darin wiederum gegen das Spitzelthum zu Felde gezogen sein, welchem durch den Entwurf Vorstudie geleistet wurde, und u. A. als eine für das Reichstaggebäude wie für andere öffentliche Gebäude, der Polizei etc., passende Inschrift anempfohlen haben: „Hier werden für Lumpen jeder Art die höchsten Preise bezahlt.“

Nach Verlesung der vom Staatsministerium, dem Justizminister, dem Kriegsminister, dem Staatsminister v. Böltz, dem Polizeipräsidenten gesetzten Strafanträge wird zur Beweisaufnahme geschritten. Die Gendarmen Oppitz und Jacob bleiben dabei, daß der Angeklagte in seiner Weißenseer Rede die Ausdrücke „Fehlheit“, „Niederträchtigkeit“ etc. mit Bezug auf die geheimen Erlasse des Landgerichts gebraucht habe, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten und in niederträchtiger Weise darauf hinausgeladen seien, armen Arbeitern ihr Brot abzuschnüren. Der Angeklagte habe dann auch davon gesprochen, daß die Arbeiter, die Soldaten gewesen seien, unter der Brutalität und Bestialität ihrer Vorgesetzten zu leiden gehabt hätten. Auch die Polizeibeamten, die die Berliner Versammlungen überwacht haben, bleiben dabei, daß die Auflösungen des Angestellten in der beledigenden Weise gefallen seien, wie sie in ihren Berichten angegeben. Staatsanwalt Sträbler erachtet den Thatbestand der größten Beleidigungen gegen alle möglichen Kategorien von Beamten für erwiesen. Der Angeklagte verfolgt immer wieder die Absicht, die Beamten und Behörden in der öffentlichen Achtung herabzuwürdigen. Der Angeklagte gebe damit wieder einen Beweis seiner Selbstüberschätzung, in welcher er sich für alleine befugt und befähigt halte, über unser Beamtenthum den Stab zu brechen. Durch die hier in Frage stehenden Reden gebe deutlich die Tendenz, die Hörer aufzumotzen und derhalb streifen sie in hohem Grade den § 130 des St.-G.-B., denn sie streiten darnach, die Besitzungen gegen die Besitzenden aufzureißen. Was den Beweisantrag in Sachen des Landgerichts-Direktors Brausewetter betrifft, so bitte er, denselben abzulehnen, da es wissenschaftlich nicht darauf ankomme, um jedes incriminierte Wort zu beweisen, und bedauerlich wäre, die Angelegenheit deshalb zu vergrößern. Der Angeklagte gebe darauf aus, griffenfalls die Behörden herabzusezen und Irrtümer über die Behörden zu verbreiten, mit Rücksicht weiterhin auf die Vorwahlen des Angeklagten beantrage er gegen denselben 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Publikationsbefugnis für die Bekleidungen.

Wie bereits gemeldet, wurde der Angeklagte zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt.

Berlinischtes.

+ Aus der Reichshauptstadt, 27. Nov. Zwillinge in Eisenbahnwagen geboren. Im Eisenbahnwagen schiente, wie die Blätter melden, heute Morgen Frau Agnes Krüger, geb. von Boreck aus Martinowko im Kreise Elbląg einem gesunden Zwillingsspärchen, zwei Mädchen,

das Leben. Die 31jährige Frau befand sich auf der Reise von Köln nach Kreuz und wurde, als der Zug auf dem Bahnhof einfuhr, von dem freudigen Ereignis überrascht. Die jungen Weltbürgerinnen wurden zusammen mit der Mutter einem Schuhmann übergeben, der sie in ein Krankenhaus brachte.

Die grauen Militärmäntel. Die Berliner Garde-truppen sind angewiesen worden, in der Verhaftung von grauen Männern derart vorzugehen, daß demnächst die Truppen damit zur Parade ausrücken können. Man bringt diese Anweisung mit der für den nächsten 18. Januar in Aussicht genommenen großen Parade in Zusammenhang.

Gegen den Privatdozenten bei der Berliner Universität Dr. Hermann Krause, hat bekanntlich der Kultusminister bei der medizinischen Fakultät das Disziplinarverfahren beantragt aus folgendem Anlaß: Der Fabrikant der Wyrrholinsel hatte von einer größeren Anzahl von Ärzten Atteste über sein Fabrikat zu erlangen gewünscht, die er dann zu Reklamezwecken veröffentlichte. Auf der Liste der Attestierenden befinden sich auch die Namen eines außerordentlichen Professors und breiter Privatdozenten der Berliner Universität. An diese vier Herren richtete nun der Kultusminister die Aufforderung, sich darüber zu äußern, wie ihre Namen unter jene Reklamezwecken gekommen seien; drei von den Herren gaben dem Minister bestätigende Ausklärungen, womit für sie die Angelegenheit erledigt war. Nur der Privatdozent der Parhyngologie und titulierte Prof. Dr. Herm. Krause lehnte es ab, die geforderte Erklärung zu geben, so lange er nicht wisse, zu welchem Zwecke diese von ihm gefordert werde, und bemerkte noch, daß er in Disziplinarangelegenheiten nur der Fakultät unterstehe. Die Folge davon war, daß der Kultusminister die medizinische Fakultät zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Prof. Krause aufforderte.

Theodor Rommessen hat sein Amt als ständiger Sekretär der Akademie der Wissenschaften niedergelegt, das er 21 Jahre hindurch verwaaltet hat. An seiner Stelle ist der Ordinarius der klassischen Philologie Prof. Hermann Diels zum Sekretär der philosophisch-historischen Klasse gewählt worden.

Der Wettkampf des Schachmeisters Steinzy mit 34 Gegnern, über welchen wir bereits berichtet haben, hat erst heute früh gegen 3 Uhr nach nahezu siebenstündigem Dauer sein Ende genommen. Das Ergebnis ist ein neuer Triumph für Steinzy gewesen. Er hat von 34 Gegnern 32 matt gesetzt, eine Partie remis gemacht und nur eine verloren. Troy des sich durch viele Stunden hinzehenden Kampfes und der allseitigen groben Abspaltung hielt die Corona der Schachfreunde bis zum letzten Augenblick aus.

Durch eine Hutnadel ein Auge verloren hat die Studentin Martha Kallmann. Dieselbe hatte Dienstag gegen Mittag Arbeit nach einem Topflegergeschäft am Hackeschen Markt getragen und sah sich nachher noch das Schauspieler dieses Geschäfts an, als sich eine vor dem Schauspieler liegende Dame umdrehte und das unglückliche Mädchen mit ihrer lang herabhängenden Spitzen hutnadel direkt ins Auge traf. Mit einem lauten Schrei brach das Fräulein bewußtlos zusammen und wurde sofort nach der Augenklinik gebracht, wo man gleich feststellte, daß das Auge der Unglücksfrau ausgelaufen sei. Nur durch das rasche Einsteigen in eine Drostei rettete sich die Dame vor einem Akte der Lynchjustiz, den auszüben mehrere Studenten Meine gemacht, als die Verursacherin des Unglücks sich noch recht impudent benahm.

+ Durch Glockengeläut gerettet. Aus dem Haveldorf Kadow berichtet der „Anz. f. d. H.“: In Folge des dichten Nebels, der in den letzten Tagen herrschte, schwanden Bewohner von Kadow in nicht geringer Anzahl. Der Nebel überfiel die von Wannsee und aus dem Grunewald auf ihren Häusern zurückkehrenden Forstarbeiter in solchem Maße, daß es ihnen nicht mehr möglich war, die Richtung nach Hause zu finden. Gegen 7 Uhr Abends langten zwei Boote an, die sich zwei Stunden mühsam am Ufer entlang nach der Pfaueninsel und von dort nach der gegenüberliegenden Biegel hinzuschwimmen hatten. Noch fehlten aber vier Boote mit etwa zwanzig Insassen, die ebenfalls gegen 5 Uhr von Wannsee abgefahren waren, aber auf dem hier über 5 Kilometer breiten Havelsee pfadlos umherirrten. Ein großer Theil der Dorfbewohner, namentlich die Frauen und Kinder der auf den Booten befindlichen, standen angstvoll daran mit Batzen am Ufer und mührten sich durch lautes Rufen, Blasen mit Hörnern, Klirren, Klingeln, Anzünden von Reisigbüschen und dergleichen den mit dem Nebel kämpfenden die Richtung des Rückwegs kenntlich zu machen. Als gegen 8 Uhr noch kein weiteres Boot in Sicht kam, ließ Prediger Schall die Kirchenglocken läuten, die um 6 Uhr bereits den Bugtag eingeläutet hatten, eine Stunde lang mit aller Macht läuten, und dieser Maßregel war es zu danken, daß gegen 9 Uhr eins der Boote nach dem andern eintraf, nachdem sie fast 5 Stunden lang in verzweifelter Lage bei dem nachhalten Wetter sich auf dem Wasser befunden hatten. Bei der gottesdienstlichen Feier am folgenden Tage wurde der glückliche Rettung der Dorfbewohner aus dieser Angst und Not mit Dank gegen Gott vom Geistlichen gedacht, dem letzteren auch der Dank für das Läuten, daß den in der Irre Treibenden die sichere Richtung beitwärts gezeigt hatte, von einem der Befreiteten noch besondere Ausgesprochen. Von vielen Seiten wurde die Beleidigung einer auf dem Ufer aufhängenden Rotholzstange für solche, die nicht so seltenen Fälle als sehr wünschenswerth anerkannt, und es wird dazu vielleicht bei Gelegenheit eine Sammlung veranstaltet werden.

+ Eine ergötzliche Blumenlese von Entschuldigungs-Zetteln, wie sie den Lehrern und Lehrerinnen der Berliner Kommunalen unterbreitet werden, erhalten die „Berl. Nachrichten“ aus diesen Kreisen eingesandt. Hier einige Beispiele: „Ich bitte, meinen Sohn mehr ins Rechnen zu schicken, indem er fortwährend phantasiert. Auch ich habe in meiner Jugend nicht rechnen können; leider hat es sich später von selber gefunden, so daß ich mit Leichtigkeit die Buchführung vollende.“ — „Geehrtes Fräulein. Meine Anna mußte die Schule verläumen, weil mein Mann eine Brusttasche verlor. Ich hoffe, daß sie bald das Vorlesebuch besaß, wo wir uns die größte Mühe machen werden, daselbe wieder zu bekommen.“ — „Eine Gefährdin des Mädchenturnens, aber auch des Briefstells scheint die Herrschaftin des folgenden „Entschuldigungs-Zettels“ zu sein: „Da ist Anna Sonnabend, weil sie klagt um Stiche in das Turn, das bringt alles vor, — wenn es noch mal vor kommt, den schlägt ich ihr die Stunde nicht nach der Schule und lasse ihr von Doktor untersuchen, denn von Turn hat schon mancher einer den Tod gesucht. Das ist für Jungen, aber nicht für Mädchen.“ — Besondere Bärtschlichkeit für ihren Liebling legt eine Mutter mit folgenden Worten an den Tag: „Ich bitte mein Dorchen wegen Kopfweh an die Luft zu sehen.“ — Nicht bloß ein Drachenköder, sondern auch ein Drachenverschlinger scheint der Schulnabe zu sein, von dem es also heißt: „Ich bitte meinem Sohne Karl zu entschuldigen; er hat gestern Ungebühr gebrochen.“ — Ja resolute Weise vertheidigt eine Mutter den von ihr der Tochter mitgebrachten Stullenbelag: „Geehrtes Fräulein. Indem das es Sie ferner zu verhindern scheint, was auf die Stullen drifft, wollte ich Ihnen sagen, daß Sie das ja nicht angeht, indem das es noch kein geschriebenes Gesetz gibt, was auf die Stullen drifft soll.“ — Nicht ganz klar ist folgender Zettel gehalten: „Meine Tochter Sophie hat gefehlt, weil sie einen kleinen Bruder bekommen.“

Woch wieder vorkommen, so entschuldigen Sie, bitte." — Kurz und bündig lautet folgender, jeden Zweifele ausschließender Entschuldigungszettel, der einfach die Worte enthält: "Wagen Nov.-W."

Aus der Provinz Posen.

— Buk, 27. Nov. [Stadtverordnetenwahl.] Am heutigen Tage fanden im Magistratsbüro die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt. Die Beteiligung war sowohl von Seiten der Deutschen als Polen eine sehr rege. In der dritten Abtheilung wurde Bäckermeister Guberski mit 118 von 137 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. In der zweiten Abtheilung, zu welcher 43 Wähler gehören, erhielten von 38 abgegebenen Stimmen Kaufmann Sienkiewski und Bäckermeister Ritter je 19 Stimmen, sodass hier eine Stichwahl erforderlich ist, welche am 18. Dezember d. J. stattdfinden wird. In der ersten Abtheilung wurde Jacob Basch einstimmig wiedergewählt.

g. Krotoschin, 27. Nov. [Stadtverordnetenwahl.] Bei der vorgestern abgehaltenen Stadtverordnetenwahl der dritten Abtheilung in Krotoschin erhielten Fleischermüller Schowenger und Klempnermeister Sierodzki je 235, Schuhmacher Zajte und Gutsbesitzer Seifert je 217 Stimmen. Die beiden Erwähnten sind somit gewählt.

a. Jaworazlaw, 27. Nov. [Stadtverordnetenwahl.] In der heutigen Wahl für die 3. Abtheilung wurden mit großer Majorität gewählt: Fleischermüller Buchinski, Rechtsanwalt Mazzatorta, Kaufmann Jacob Sandler (zur Ergänzung) und Grundbesitzer Ludwig Dobroziński (zur Ergänzung). Von circa 900 Wählern haben sich 550 beteiligt. Die Wahl für die 2. und 1. Abtheilung findet morgen statt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 27. Nov. In der heutigen ersten Ausschusssitzung der Preußischen Central-Genossenschaftsschaffasse sprach Finanzminister Dr. Miquel die Hoffnung aus, dass auch für die Zukunft die Beziehungen der Centralstelle mit den Verbänden sich immer vertrauensvoller und inniger gestalten würden. Schon aus der bisherigen kurzen Thätigkeit der Centralstelle würden die Verbandsvorsteher die Überzeugung geschöpft haben, dass dieselbe nicht entfernt daran denke, in die freie Bewegung, in die selbständige Entwicklung des Genossenschaftswesens von oben hemmend oder reglementiert einzugreifen. Vielmehr sei es lediglich die Aufgabe der neuen Bank, diese Entwicklung zu fördern und zu erleichtern. Die Thätigkeit der Bank als Ausgleichsstelle und als Depostienbank solle nicht den Provinzen Mittel entziehen, sondern sie nur sammeln, um sie dahin zu führen, wo Bedarf sei, und sie da zu entnehmen, wo Überschuss sei. Bauer und Handwerker bedürfen mehr als jemals Zusammenschlusses und der Vereinigung, um nicht in der Vereinzelung der Konkurrenz zu erliegen; nur so könnten sie sich geregelten und billigen Kredit verschaffen, nur so in gemeinsamer Verarbeitung ihrer Produkte und im gemeinsamen Ankauf und Verkauf sich die Vortheile sichern, die sonst der Großbetrieb allein für sich habe. Die Staatsregierung sei sich der Aufgabe wohl bewusst, auch ihrerseits mitzuwirken, dass die Mittelklassen in dem großen Wettbewerb der Zeit Schritt halten könnten, und wisse wohl, dass zu diesem Behuf vor Allem die Selbsthilfe nicht untergraben oder gelähmt werden dürfe, dass vielmehr die Anstrengungen der einzelnen Genossenschaften und der Verbände lediglich zu erleichtern und zu unterstützen seien. Es sei nicht der geringste Grund vorhanden, sich gegenseitig zu bekämpfen, vielmehr aller Grund, wetteifernd dem großen Ziele der Herstellung eines immer dichteren Netzes ländlicher und gewerblicher Genossenschaften zuzustreben. Er hoffe, dass auch die heutigen Berathungen hierzu beitragen würden.

München, 27. Nov. Gelegentlich der Manöverübungen am 17. September war ein Kanonier des 4. Artillerieregiments, der sich beim Abfeuern eines Geschosses gerade vor der Geschützmündung befand, getötet worden. Der Sekondeleutnant Mayer wurde dieserhalb vom Militägericht zu 48 Tagen Festungshaft verurtheilt. Ein ebenfalls angeklagter Unteroffizier und ein Kanonier wurden freigesprochen.

Niedlingen, 27. Nov. Der Landgerichtsrath Gröber-Hellbronn wurde heute mit 3709 von 3755 abgegebenen Stimmen zum Landtagsabgeordneten wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgetreten.

Lübeck, 27. Nov. Der Kaiser rückte vom Neuen Palais aus an den hier lebenden Generalmajor z. D. v. Conring heute folgendes Telegramm: "In der Schlacht bei Amtsberg gaben Sie an der Spitze des zweiten Bataillons der vierten Grenadiere Ihr Blut für König und Vaterland dahin; ich erinnere mich heute dessen dankbar und verleihe Ihnen hierdurch den Charakter als Generalleutnant. Wilhelm R."

Rom, 27. Nov. [Kammer der Abgeordneten.] Nachdem der Abg. Barzillai über Unrechte gesprochen hatte, welche gelegentlich der letzten allgemeinen Wahlen bei der Wahl des Abg. Guy, Gegenkandidaten des Laborets im Ministerium des Innern, der vor den Wahlen seine Kandidatur zurückgezogen, vorgekommen seien, erklärte der Abg. Guy: Es seien ihm Geld und andere Anerbietungen gemacht worden, damit er seine Kandidatur zurückziehe; aber diese Anträge seien von Personen aus gegangen, welche der Regierung fernstehen (?). Er habe dieselben zurückgewiesen; weder Träger noch die Regierung seien dabei bestellt gewesen. Er, Guy, habe seine Kandidatur auf Grund des ministeriellen Programms aufgestellt und sei der gegenwärtigen Regierung treu geblieben. Barzillai, Unterstaatssekretär Galli und andere Redner bestellten sich an der weiteren Debatte, welche sehr lebhaft wurde und zu bestreiten zwischen den Deputirten der äufersten Linken führte. Da der Präsident die Ruhe nicht herstellen vermochte, suspendierte er die Sitzung. Nach deren Wiederaufnahme schlug Ministerpräsident Crispi vor, dem Kammerpräsidenten die Ernennung einer Kommission von 9 Mitgliedern zu übertragen, welche eine Untersuchung über die behaupteten Thatlachen anstellen soll. (Sehr gut!) Dieser Vorschlag wurde den Büros gemäß der Geschäftsordnung überwiesen. So dann wurde die Berathung über die Interpellationen im Betreff der inneren und der äuferen Politik wieder aufgenommen. Iannini entwarf seine Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung. Italien durfte keinen der Interessen dienen, welche sich um die türkischen Erfolge streiten. Der Minister des Auswärtigen, Baron Blanc, unterbrach den Redner mit der Bemerkung, Italien sei nicht und könne nicht sein im Dienste von irgendemand.

Paris, 27. Nov. [Deputirtenkammer.] Das Haus ist stark besetzt. Der Minister des Äußern Berthelot giebt seiner Anerkennung Ausdruck für die Verdienste des nach Madagaskar entstandenen Expeditionskorps und führt sodann aus: Madagaskar ist heute im französischen Besitz. Die Expedition bat zu schmerzlichen, alle vorherigen Annahmen überstiegenden Opfern geführt, die uns das Recht geben, ausgedehnte Entschädigungen und endgültige Bürgehaften zu verlangen. Es kann sich hieraus leider auswärtige Schwierigkeit ergeben. Wir achten die Bezug auf gewisse Mächte von uns eingegangene Verpflichtungen. Was die von den Hobos abgeschlossenen Verträge betrifft, so werden wir die für eroberte Gebiete üblichen internationalen Regeln beobachten. Unter diesem Vorbehalt sind wir entschlossen, namentlich unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkte, alle aus der endgültigen Okkupation Madagaskars sich ergebenden Rechte auszuüben. Die innere Organisation des Landes wird unter unserer Autorität aufrecht erhalten werden. Die Regierung beachtfügt keineswegs, den Vertrag von Tananarivo abzulehnen, nichtsdestoweniger erachtet sie es für notwendig, an dem Wortlaut des Vertrages gewisse Änderungen vorzunehmen, zu dem Zweck, jeden Irrthum zu vermeiden und jeder Möglichkeit neuer Konflikte vorzubeugen. Das endgültige Vertragsinstrument wird der Kammer demnächst vorgelegt werden." — Ribot ersucht die Regierung, die zu ändernden Punkten des Vertrages genau anzugeben und die Altenstücke in Betreff Madagaskars mitzubringen, worauf Berthelot erwidert, ein Gelddbuch werde in nächster Zeit veröffentlicht werden. Die Kammer beschließt, die Interpellationen betr. die Organisation der Madagaskar-Expedition sofort zu berathen. Zwei Redner tadeln die Organisation der Expedition und legen die Verantwortlichkeit hierfür dem Marineministerium zur Last; sie verlangen eine Untersuchung. — Kriegsminister Cavagnac erklärt, die Regierung sei bereit, Auflösungen zu geben; er lobt den Heldenmut der Soldaten und Offiziere; die Frist zur Vorbereitung der Expedition sei ungenügend gewesen; der Feldzug habe bewiesen, dass die Kolonialarmee aus fertigen Leuten zusammengesetzt sein müsse. Die Verwendung der Leibwache sei ein Irrthum gewesen. "Die Wahlheit ist, dass wir einer Organisation für die Kolonien ermangeln, ein Subnecker braucht aber deshalb nicht herausgeführt zu werden." — Faure verlangt, die verantwortlichen Minister sollen sich rechtfertigen. — Dupuy erklärt, er habe den aufrichtigen und loyalen Erklärungen Cavagnacs nichts hinzuzufügen. Die Debatte wird sodann geschlossen. Sabatier'sche Tagesordnungen sind eingebracht.

Der Sozialist Bourdeau verlangt die Ernennung einer Untersuchungskommission. Ministerpräsident Bourgeois verzweigt jede Untersuchung und erklärt, die Regierung werde die Verantwortlichkeit im Verwaltungsweg erfordern. — Der Antrag Bourdeau wird mit 409 gegen 112 Stimmen abgelehnt. — Die Kammer nimmt sodann mit 436 gegen 54 Stimmen eine Tagesordnung an, welche Bourgeois accepptiert hatte, des Inhalts, die Erklärungen der Regierung zu bitten zu billigen und den Truppen seien Glückwünsche auszusprechen. Der Sozialist Grousset bringt schließlich einen Antrag ein, die vorigen verantwortlichen Minister in Anklage zu statten zu verlegen, und verlangt für diesen Antrag die Dringlichkeit. Der Antrag wird mit 417 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Paris, 27. Nov. Alexandre Dumass ist Abends gestorben.

Der Verstorbene war bekanntlich der natürliche, später adoptierte Sohn des berühmten Romanciers Alexander Dumas der Ältere". Er wurde am 28. Februar 1824 in Paris geboren, debütierte mit 17 Jahren als Lyriker und publizierte von 23 Jahren an eine ganze Reihe von Romanen, darunter „La dame aux camélias“, der als realistische „Sittendarstellung“ — er behauptet tatsächlich die Geschichte einer Courtisane — großes Aufsehen erregte und später auch dramatisiert wurde. In derselben Richtung beweist sich das Drama „Le demi-monde“, dessen Titel ein geflügeltes Wort wurde. Seitdem war Dumas außerordentlich häufig bis auf die neueste Zeit, doch hat keiner seiner späteren Werke den Erfolg der genannten beiden Stücke erreicht. Beträchtliches Aufsehen erregte er noch 1887 mit „Francillon“. Die Stellung des Weibes in der heutigen Gesellschaft war Dumas' Lieblingsthema, das er von den verschiedensten Seiten aus beleuchtete. 1875 wurde er Mitglied der Akademie. Er führte ein tabellloses Privatleben und war auch als Mensch allgemein beliebt.

Paris, 28. Nov. Dumas starb in Marly bei Paris Abends 7½ Uhr umgeben von seiner Familie, seine letzten Augenblicke waren ruhig. Der Präsident Faure ließ sich über das Befinden des Kranken öfters Bericht erstatten. Ebenso erbat die Kaiserin Eugenie telegraphisch von London aus Nachricht. Die Beerdigung wird voraussichtlich Vormittags nach Paris gebracht.

Madrid, 27. Nov. Zu der Pulverexplosion bei Palma wird weiter berichtet, dass noch 17 Verwundete gestorben sind, sodass die Zahl der bei der Katastrophe Verunglückten 50 beträgt.

London, 27. Nov. Die zweite Verhandlung gegen das ehemalige Parlamentsmitglied Jules Balsfour, diesmal wegen Betrugs gegen die Aktionäre des „House and Land Investment Trust“, wurde heute beendet. Die Geschworenen erkannten auf Schuldig. Die Urtheilsverkündigung wurde auf morgen vertagt.

London, 28. Nov. Die „Times“ meldet aus Odessa: Durch Stürme in Südrussland wurde großer Schaden angerichtet. Viele Häuser pläzen am Schwarzen Meer sind überwiegend zerstört. Der am Lande allein entstandene Schaden wird auf mehr als 40 Millionen Rubel geschätzt; mehr als 80 Menschen sollen durch die Stürme ums Leben gekommen sein.

London, 28. Nov. Salisbury erhält ein Schreiben, wonach Prämien für englischen Weizenbau unbeschadet der freien Weizeneinfuhr verlangt und ein Mehrlösung empfohlen wird. Salisbury versprach, die Sache in Erwägung zu ziehen.

London, 28. Nov. Die „Umbria“ landete gestern in Grimsby die aus 11 Mann bestehende Mannschaft der deutschen Bark Louise, die von Middlesburg nach Danzig unterwegs war. Die Mannschaft hatte das Schiff in sinkendem Zustand angetroffen.

Glasgow, 28. Nov. Günstige Gerüchte über eine wahrscheinliche Beilegung des Schiffsbau-Streites verursachten an der britischen Börse ein Steigen der Eisenbahnen.

Madrid, 28. Nov. Einer Depesche des „Heraldo“ aus Habanera folge, dass 500000 Zentner Zucker in 2 Tagen durch Feuer zerstört sei. — Die Aufständischen brachten einen Zug zum Entgleisen und plünderten die Reisenden.

Zur Lage in der Türkei.
Konstantinopel, 27. Nov. (Aus amtlicher türkischer

Quelle.) Die neuerlich in ausländischen Zeitungen aufgetauchte Nachricht von einem verbrecherischen Unternehmen, das im Kaiserlichen Palaste zu Konstantinopel entdeckt worden wäre, wird von autoritativer Seite in formeller Weise dementirt, ebenso die in denselben Blättern enthaltenen Meldungen von angeblichen Verhaftungen.

Konstantinopel, 27. Nov. Wie verlautet, werden auch in diesem Jahre, gleichwie alljährlich, vor Eintreten des Monats November einiges hundert Sofas auf Staatskosten in die Provinz geliefert werden.

Wien, 27. Nov. Eine Konstantinopeler Meldung der „Polnischen Korrespondenz“ bezeichnet die Angaben über die Verluste an Menschenleben in Klein-Asien, welche das englisch-armenische Komitee kürzlich veröffentlichte, als übertrieben. Auf Grund verlässlicher Berichte wird jedoch die Anzahl der in den anatolischen Städten den Unruhen zum Opfer gefallenen Armenier auf rund 15000 beziffert. Der Menschenverlust auf dem platten Lande ist gegenwärtig überhaupt nicht zu schätzen. Der Verlust an Gütern ist mit der in der englischen Quelle angegebenen Summe von 10 Millionen türkische Pfund ebenfalls überschätzt, beträgt jedoch sicher etwa 1/3 oder 1/2 der genannten Summe. Aus den Vilajets Trapezunt, Erzerum, Tiflis, Van, Diarbekr, Mamureth-ul-Aziz, Siwas und Aleppo wird ein jeder Beschreibung spöttender Nothstand gemeldet.

London, 27. Nov. Den „Daily News“ wird aus Odessa gemeldet, General Scheremetjew, General-Gouverneur und General-Kommandant der Armee des Kaukasus, sei schleunig nach Petersburg berufen worden. In Tiflis werde allgemein geglaubt, diese Thatsache stehe in Zusammenhang mit der unruhigen Lage in Anatolien oder mit der drohenden Haltung der Kurden.

Handel und Verkehr.

** Lemberg, 27. Nov. Der „Kurier Vorony“ meldet: Das Arrangement der Bank- und Getreidefirma Goldstein u. Löwenherz mit ihren Gläubigern steht auf unüberwindbare Schwierigkeiten, ein Vergleich ist unmöglich. Man befürchtet Fallstürme einiger größerer Firmen, die mit Goldstein u. Löwenherz in Verbindung stehen und bei denen die Baisse mehrere Millionen Gulden betragen dürften.

W. B. London, 27. Nov. Der „Times“ wird aus Paris von gestern gemeldet: Die griechischen Gewänder in Berlin, London und Paris haben die Verhandlungen mit den Bondholder-Committees in den genannten Hauptstädten in der Absicht wieder eröffnet, zu einem befriedigenden Übereinkommen zu gelangen. Um hierzu beizutragen, hat die griechische Regierung den Grundzoll genehmigt, dass der Überschuss aus den Einnahmen, welche speziell für die Zahlungen an die Bondholders angewiesen sind, ebenfalls zu Gunsten der Bondholders verwendet werden soll.

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 27. Nov. Die Börse war heute fast ausschließlich mit der Börlongation beschäftigt, und es muss hervorgehoben werden, dass sich dabei noch ein über Erwartung hoher Überfluss von Kassawaren herausstellte. In Folge dessen zogen nicht nur die Reports in allen wichtigeren Börsen erheblich an, nicht minder der Geldzoll (es wurden circa 5 Prozent bezahlt), sondern es zeigte sich auch sichtbar eine vernehmte Zurückhaltung der Geldgeber vom Reportgeschäft überhaupt. Man könnte sich also kurz fassen, dass Geld zwar reichlich vorhanden war, dass aber ein gewisser Mistrust der Berliner heute mehr hervortrat. Dies ist übrigens im Verlauf der jetzigen Börsenbewegung, der früheren Krise und des jetzigen Ausgleichs begründet und eigentlich selbstverständlich. Die spätere Brümmererklärung bewirkte eine Befreiung. Die neuere politischen Depeschen ließen ohne Einfluss auf die Haltung. Dagegen drückten vorübergehend wieder Verkäufe für Wien und im Hüttentäternmarkt solche in Dortmunder Union-Aktien für eine riesige kleine Spekulationsbank. Die westlichen Börsen waren fest, was angeht, dass der auch in London jetzt schwedende Liquidation von Bedeutung erscheint. Nachbörslich gab die Tendenz auf Pariser Meldungen einer Infolvens nach. Alle Bankaktien haben mäßige Einbußen erlitten und gerade hier stellten sich in den lokalen Börsen hohe Reports heraus; in Kreditaktien wurde bis zu 1/2 Proz. Report gemacht. Deutsche Eisenbahnen haben kleine Abschwächung erfahren. Von österreichischen Bahnen gewannen Buschtrader und Elbthalbahn ansehnlich; Franzosen und Lombarden waren stabil. Schweizer Aktien verloren circa 1 Proz., auch italienisch und Brüssel-Henri, Kanada Pacific ic. waren etwas billiger. Am Montanmarkt hielten sich Kohlenaktien gut und Eisenwerke wurden durch den erwähnten Rückgang von Dortmundern gedrückt. Fremde Fonds und Nebengetriebe gaben leicht nach. Raffa-Industriewerte stell. (N 8.)

Breslau, 27. Nov. (Schlukurie.) Abgeschwächt.

Neue Spree Reichsanleihe 99,10 3/4 proz. U.-Blankf. 100,35, Konf. Türk. 20,20 Türk. 109,25, 4 proz. ung. Goldrente 102,20, Bresl. Diskontobank 122,50 Breslauer Wechslerbank 107,00, Kreditaktien 230,50 Schles. Handverein 128,00, Donnersmarkstätte 141,50 Flöther Maschinenbau — Katowiger Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttentrieb 159,25 Oberhöhle, Elberode 82,25, Oberschle. Borsigland-Zement 118,00, Schles. Cement 177,50, Oppeln. Cement 125,50 Kramita 138,00 Schles. Biskiatte 201,00 Laura-Jütte 150,75, Bereit. Oelsatz 87,00, Österreich. Banknoten 169,50 Russ. Banknoten 220,50, Giebel. Cement 108,50 4 proz. Ungarische Kronenarie 98,50 Breslauer elektrische Straßenbahn 188,50, Tarco Hegenbeldi Aktien 100,00, Deutsche Meturbahnen —, Breslauer Spitzfabrik 134,50.

Breslau, 27. Nov. (Schlukurie.) Fest.

Engl. 2 1/2 proz. Konf. 107 Breub. 4 proz. Consols 104 1/2, Italien 5 von 100 Rente 88 1/2, Lombarden 9, 4 proz. 1889 Russen II. Serie 100 1/2, konf. Türk. 19, österr. Silber. — österr. Goldrente —, 4 proz. ungar. Goldrente 101 1/2, 3 prozent. Spanier 82 1/2, 4 1/2 proz. Egypt. 99, 4 proz. unif. Egypt. 101 1/2, 3 1/2 proz. Triebt. Ant. 93 1/2, 4 proz. Megtaner 89 1/2, Ottomansant 12 1/2, Canada Pacific 57 1/2, Rio Tinto 16 1/2, 4 proz. Rupes 60 1/2, 4 proz. fund. arg. 48, 3 proz. Goldanleihe 70 1/2, 4 1/2 proz. arg. do. 48, 3 proz. Reichsanleihe 97, Griech. 81.

Paris, 27. Nov. (Schlukurie.) Behauptet.

Span. amortil. Rente 100,15, 4 proz. Rente 100,62 1/2, Italien 5 1/2 proz. Rente 86,50, 4 proz. ung. Goldrente 102,87 1/2, III. Egypt. Anteile —, 4 proz. Russen 1889 100,20, 4 proz. unif. Egypt.

206,37, do. Wien II. 206,37, do. Modrib I. 418,25 Mariboros-A. 605,00, Lechsl. o. Stallen, 6%, Robinon-A. 247,00, Portugieser 25,06, Portug. Tabaks-Obligation 463,00, 4proz. Russen 66,45, Privatdiskont 1%.

Frankfurt a. M., 27. Nov. (Effekten-Gesellschaft) (Schluss). Österreich. Kreditaktien 312%, Franzosen 305, Lombarden 85%, Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 163,80, Diskonto-Kom. mit 210,60, Dresdner Bank 162,90, Berliner Handelsgesellschaft 149,20, Bodumer Eisenbahn 159,50, Dortmunder Union St.-P. 52,70, Gelsenkirchen 176,70, Harpener Bergwerk 172,00, Hibernia 167,00, Laurahütte 150,50, 3proz. Portugieser —, Italienische Mittelmeerbahn —, Schweizer Centralbahn 180,30, Schweizer Nordostbahn 125,20, Schweizer Union 89,40, Italienische Werdbau 121,00, Schweizer Simplonbahn 89,10, Nord. Lloyd —, Mexikaner 89,70, Bialteer 85,30, Edison Attica —, Gato Hegensteidt —, Borgz. Reichsanleihe —, Türkensloote 34,10, Nationalbank —, fest.

Hamburg, 27. Nov. Still. Preuß. 4proz. Konsols 105,00, Silberrente 84,70, Österreich. Goldrente 102,50, Italiener 85,90, Kreditaktien 311,25, Franzosen 760,00, Lombarden 205,50, 1880er Raten 100,25, Deutsche Bank 197,15, Diskonto-Kommandit 209,65, Berliner Handelsgesellschaft 148,25, Dresdner Bank 162,85, Nationalbank für Deutschland 137,00, Hamburg Commerzbank 123,10, Südbad.-Büchen, E. 148,25, Marx.-Mlawka 76,00, Olivreng. Süd-Fahn 91,00, Bourgogne 15,00, Nord. J.-Sp. 141,00, Hamburger Bootsfahrt 107,40, Dynamit-Trust-A.-L. 142,75, Privatdiskont 3, Buenos Ayres 30,55.

Petersburg, 27. Nov. Wechsel auf London (3 Mon.) 93,05, Wechsel auf Berlin (3 Mon.) 45,30 Wechsel auf Amsterdam 3 Mon.) —, Wechsel a. Paris (3 Mon.) 36,87%, Russische 4proz. Consols von 1889 —, Russ. 4proz. innere Staatsrente von 1894 98%, Russ. 4proz. Gotha VI. Ser. von 1894 —, Russische 4%, proz. Bodenkredit-Banknoten 150 Russ. Südwestbahns-Aktien —, Petersburger Diskontobank 794, Petersb. internat. Bank 500, Voroshauer Kommerz-Bank 510, Russische Bank für auswärtigen Handel 496.

Rio de Janeiro, 26. Nov. Wechsel auf London 9,10.

Buenos Ayres, 26. Nov. Golbagio 233,5.

Bremen, 27. Nov. (Görlitz - Schlussbericht) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notizie der Petroleum-Wörfe.) Ruhig. Lcio 7,50 Br. Russisches Petroleum loko 7,10 Br.

Schmalz. Behauptet. Wilcox 20%, Bl. Armour shield 30%, Bl. Tudah 31%, Bl. Choice Grocery 31%, Bl. White label 31%, Bl. Fahrbanks 26 Bl.

Spec. Ruhig. Short clear middling loko 26, Extralongs 27 Bl.

Kaffee unverändert.

Reis sehr ruhig.

Baumwolle. Ruhiger. Uppland middl. loko 44%, Bl.

Tabak. Umsatz: 196 Seroton Carmen, 79 Foz Kentucky.

Hamburg, 27. Nov. (Schlussbericht) Kaffee. Good average Santos per Dezember 73%, per März 70%, per Mai 69, per Juli 66%. Ruhig.

Hamburg, 27. Nov. (Schlussbericht) Gudemarkt. Rübner. Stohzucker I. Produkt Barts 88 v.C. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per November 10,87%, per Dezember 10,40, per März 10,75, per Mai 10,90. Etwaig.

Havre, 27. Nov. (Teleg. der Hamb. Firma Petmann, Stegler u. Co.) Kaffee in Newyork ichs mit 5 Points Basse.

Rio 11 000 Sac, Santos 15 000 Sac, Recettes für gestern.

Havre, 27. Nov. (Teleg. der Hamb. Firma Petmann, Stegler u. Co.), Kaffee good average Santos per Nov. 89,00, per December 89,00, per März 86,00. Unregelmäßig.

Paris, 27. Nov. (Schluss.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. 10, 27,50 à 28,00. Weißer Zucker fest, Nr. 3, per 100 Kilo per Nov. 30,12%, ver Dez. 30,37%, ver Januar-April 31,12%, ver März-Juni 31,62%.

Paris, 27. Nov. Getreidemarkt. (Schlussbericht) Weizen matt, per November 18,40, per Dezember 18,55 per Januar-April 19,05, per März-Juni 19,45. — Roggen ruhig, per Nov. 10,45, per März-Juni 11,45. — Weizen matt, per November 41,30, per Dezember 41,45, per Januar April 42,20, per März-Juni 42,75. — Rübbel behauptet, per Nov. 53,75, per Dezember 54,00, per Januar-April 54,25, per März-Juni 53,75. — Spiritus fest, per November 30,50, per Dezember 31,00, per Januar-April 32,25, per Mai-August 32,25. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 27. Nov. Bananazijn 39.

Amsterdam, 27. Nov. Java-Kaffee good ordinary 54 behauptet, per November —, do. per März 150, per Mai 150. Roggen loko unverändert, do. auf Termine ruhig, per März 102, per Mai 102. — Rübbel 23, per Dezember 23, per Mai 23%. — Herbst 1896 —.

Antwerpen, 27. Nov. Petroleumsmarkt. (Schlussbericht) Stat. finitres Type weiss loko 19%. — fest.

Schmalz per Oktober 74, Margarine —.

London, 27. Nov. An der Küste — Weizenladungen angeboten. — Wetter: Regen.

London, 27. Nov. Chilli-Kupfer 43%, ver 3 Monat 43%.

Glasgow, 27. Nov. Hoboken. (Schluss.) Petrol numbers warrants 46 lb. 8 d.

Leith, 27. Nov. Getreidemarkt. Markt außerordentlich ruhig. Tendenz: aber steigt.

Liverpool, 27. Nov. Nachm. 4 Uhr 15 Min. (Baumwolle.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1 000 Ballen. — fest.

Rübbel. amerikanische Lieferungen: Rubia. November-Dez. 41% Berlauerpreis, Dezember-Januar 45% Räuberpreis, Jan.-Febr. 45% Berlauerpreis, Febr. März 45% Räuberpreis, März-April 45% — 47% Berlauerpreis, April-Mai 47% — 49% Berlauerpreis, Mai-Juni 45% Berlauerpreis, Juni-Juli 45% Berlauerpreis, Juli-August 45% Berlauerpreis, August-September 45% d. Berlauerpreis.

Petersburg, 27. Nov. Produktmarkt. Weizen loko 8,00, Roggen loko 4,90. Hafer loko 2,30. Weizenlato 10,50. Hanf loko —. Zuck w/o 47,00, per August —. Wetter: Frost.

Newyork, 26. Nov. Der Wert der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 7 420 408 Doll.

Newyork, 26. Nov. Baumwollmarkt. Baumwolle in New-York 8%, do. in New-Orleans 8%, Petroleum Standard white in New-York 8,25, do. in Philadelphia 8,20, do. robes —, do. Pipe line certifl. per Nov. 157 nom. — Schmalz Western steam 5,80, do. Rohe & Brothers 6,05. — Meats Tendenz: ruhig, per Nov. 36, per Dez. 35%, per Mai 35%. — Weizen Tendenz: kaum behauptet. — Stoother Winterweizen 69%, do. Weizen per Dez. 65, do. Weizen er Jan. 65%, do. Weizen per März 67%, per Mai 67%. — Getreidebrach nach Liverpool 3 — Kaffee fair Rio Nr. 7 15, do. Rio Nr. 7 per Dezbr. 14,25, do. Rio Nr. 7 per Febr. 13,90. — Wehl. Spring-Wheat clears 2,40 — Buder 3. Rupfer 11,00.

Chicago, 26. Nov. Weizen. Tendenz: kaum behauptet, do. per Nov. 56%, do. per Dezember 56%. — Mais. Tendenz: ruhig, per Novbr. 27%. — Schmalz per Novb. 5,35, do. per Januar 5,47. — Svec short clear nom. Bort per Nov. 7,90.

Berlin, 28. Nov. Wetter: Regen und Schneefall.

Newyork, 27. Nov. Weizen per Nov. 64%, per Dez. 65%. Morgen Feiertag.

Berliner Produktmarkt vom 27. November.

Realisationsverkäufe mehren sich natürlich, je näher wir der Gründung des Dezembertermins kommen und das hat sich heute in besondere nachteilige Grade hier fühlbar gemacht, da es bei fehlender äußerer Anregung wenig Käufer gab und diese wenigen auch noch großer Zurückhaltung beschränkt. Der schwerfällige und beschränkte Umlauf in Weizen und Roggen vollzog sich daher nur zu nachgebenden Preisen und erst nach Erhöhung der Ankerbelastungen zeigte sich schließlich ein etwas fragwürdiger Schimmer wiederkehrender Festigkeit. Hafer zeigt in den Terminpreisen eine nicht ganz geringe Verschlechterung, da alle Kauflust fehlt. Waare ist hingegen voll preishaltend. Rübbel wurde erst nach erneuter Preisherabsetzung etwas mehr beachtet. Spiritus hingegen blieb vernachlässigt und zeigt in den Preisen weite kleine Verschlechterung.

Weizen in loko wenig verändert, Termine etwas billiger verlaufen. — Roggen in loko geringer Verfahrt, Termine flauer. — Mehl in loko und Termine mott. Getund. 250 To. — Hafer in loko behauptet, Termine etwas niedriger. Gef. 200 To. — Roggen in mehl matter. — Rübbel matt. Getund. 500 Gr. — Petroleum matt. — Spiritus matt. Gef. 40 000 Liter.

Weizen in loko 137—148 M. nach Qualität gefordert, Novbr. 143,50 M. bez., Dezbr. 143,50—143,75 M. bez., Mai 147,50 bis 146,75—147 M. bez., Juni 148,50—147,75—148 M. bez. Roggen in loko 116—122 M. nach Qualität gefordert, guter insländischer 120 M. ab Bahn bez., Novbr. 117,75—117—117,25 M. bez., Dezember 117,75—117—117,25 M. bez., Mai 123,50 bis 123 M. bez.

Mais in loko 108—109 Mark nach Qualität gefordert, Novbr. 102,50 M. nom., Mai 98,25—98 M. bez.

Gerste in loko per 1000 Kilogramm 113—175 M. nach Qualität gefordert.

Hafer in loko 117—150 M. per 1000 Kilo nach Qualität gefordert, mittel und guter ost. und westpreußischer 119 bis 129 M. bez., do. pommerischer, niederländischer u. mecklenburgischer 121—132 M. bez., do. schlesischer 120—131 M. bez., feiner schlesischer, westpreußischer, mecklenburgischer und pommerischer 133—143 M. bez., Novbr. 120 M. bez., Dez. 118,75—119 M. bez., Mai 120,25 M. bezahlt.

Ersen Kochwaren 145—168 M. per 1000 Kilogr. Futterwaren 115—132 M. per 1000 Kilo nach Qualität bez., Victoria-Ersen 155—170 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,50—18,25 Mark bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,50 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,50 bis 15,50 M. bez., Dez. 16,10 M. bez., Januar 16,20 M. bez., Februar 16,30 M. bez., Mai 16,30 M. bezahlt.

Rübbel loko ohne Fas 45,3 M. bez., Novbr. 46,1—46 M. bez., Dezbr. 45,7—45,6 M. bez., Mai 45,6 M. bez.

Petroleum loko 23 M. bez., Novbr. 23 M. bez., Dezbr. 22,7 M. bez., Januar 23,1 M. bez., Februar 23,5 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Fas 52,2 M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Fas 32,7 M. bez., Novbr. 37,1 M. bez., Dezember 37 bis 36,9 M. bez., Mai 37,9—37,8 M. bez., Juni 38,2—38,1 M. bez., Septbr. 39—39,9 M. bez.

Kartoffelmehl November 14,10 M. bez.

Kartoffelfärde, trocken, Nov. 14,10 M. bez.

Die Regulierungspreise wurden festgelegt: für Mais auf 102,50 M. per 1000 Kilo, für Hafer auf 120 M. per 1000 Kilo, für Rübbel auf 46 M. per 8tr. für Spiritus auf 37,10 M. per 10 000 Liter. Proz. (R. B.)

Feste Umrechnung:		4 Livre Sterling = 20 M.	Rubel 1 = 3,20 M.	4 Gulden österl. W. = 1,70 M.	7 Gulden südl. = 12 M.	1 Gulden hell. W. = 1,70 M.	1 nos. = 1 Lira oder 1 Peseta = 0,20 M.
Diskontobank	-Wechsel v. 27. Nov.						
Amsterdam	2% 8 T.	168,40 br G					
London	2 8 T.	20,47 br G					
Paris	2 8 T.	84,15 br G					
Wien	4 8 T.	169,15 br G					
Italien, Pl.	5 10 T.	75,40 br					
Petersburg	5 3 M.	218,90 br					
Warschau	5 8 T.	219,00 br					
Berl. 4. Lemb. 4 1/2 u.s. Privatd 3 m.							
Geld, Banknoten u. Coupons.							
So ereigns	20,42 G						
20 Francs-Stück	16,18% br						
Ge d-Dollar	4,18% G						
Amerik. Not. 4 Dollars	4,17% G						
Engl. Not. 1 Pf. Sterl.	20,46 G						
Franz. Not. 100 Fros.	84,15 br						
Oestr. Not. 100 fl.	169,30 br						
Russ. Not. 100 R.	220,25 br						
Russ. Not. ult. Nov.	220,00 br						
do. do. do. Dez.	219,75 br						
Deutsche Fonds u. Staatspap.							
Dts. ne.R.-Anl.	4 105,00 G						
Prss. o. Anl.	3 103						